

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
<b>Band:</b>	50 (1970-1971)
<b>Heft:</b>	2
<b>Artikel:</b>	Integrationsfragen in Osteuropa : die Sowjetunion vor neuen Problemen im Comecon
<b>Autor:</b>	Kaser, Michael
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-162470">https://doi.org/10.5169/seals-162470</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Westen aufzustossen und der widerspenstigen Partei- und Staatsbürokratie die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Reformen aufzuzwingen. Oder der Funke der Revolution könnte aus einem der Satellitenstaaten auf die Sowjetunion überspringen. Und schliesslich gibt es noch eine Möglichkeit, die wohl jedem Leser gegenwärtig ist: dass nämlich Westen und Sowjetunion gemeinsam in einem durch menschliches Versagen, durch Unachtsamkeit oder Wahnsinnstat ausgelösten Atomkrieg untergehen.

## Integrationsfragen in Osteuropa

*Die Sowjetunion vor neuen Problemen im Comecon*

MICHAEL KASER

*Meinungsverschiedenheiten...*

Vor etwas mehr als zwanzig Jahren, am 25. Januar 1949, wurde in Moskau das Comecon, der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe», aus der Taufe gehoben. Die letzjährigen Veranstaltungen zur Feier der zwanzigsten Wiederkehr des Gründungstages waren weniger durch die selbstgefällige Verherrlichung der Vergangenheit als vielmehr durch Meinungsverschiedenheiten über den künftig einzuschlagenden Weg gekennzeichnet. Vom 21. bis 23. Januar fand in Berlin eine Gedenksitzung des Comecon-Rates statt, und vom 23. bis 26. April 1969 trafen sich in Moskau die Regierungschefs und die Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien der Mitgliedstaaten zu einer «Sondersession», einem eigentlichen Gipfeltreffen.

In der Zeit zwischen diesen beiden Anlässen entwickelte sich eine rege öffentliche Auseinandersetzung über wirtschaftliche Integrationsprobleme Osteuropas. Übereinstimmende Ansichten herrschten nur darüber, dass «mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit der Kommissionen des Comecon und zum Ausbau ihrer Funktionen bei der Organisation der Zusammenarbeit begonnen werden sollte», und bis zur 44. Sitzung des Exekutivkomitees des Comecon, die vom 11. bis 16. Dezember in Moskau stattfand, hatte man sich über die beiden ersten durchzuführenden Massnahmen geeinigt. Diese sollten in der Harmonisierung juristischer Verfahren und in der Koordination der wissenschaftlichen und technischen Forschung bestehen.

Im Verlauf des Jahres 1969 wurden zwei weitere wichtige Beschlüsse gefasst: Am Gipfeltreffen im April vereinbarte man die Gründung einer Investment-Bank, und an der Dezember-Sitzung des Exekutivkomitees wurde beschlossen, ein «Internationales Institut für die Wirtschaftsprobleme des Sozialistischen Weltsystems» zu errichten. Ferner wurden letztes Jahr Entwürfe für eine neue, einheitliche Warenklassifizierung im Aussenhandel und für standardisierte Vorschriften für den Strassengütertransport zwischen den Mitgliedstaaten fertiggestellt. Auf dem traditionellen Gebiet der Zusammenarbeit innerhalb des Comecon – der «internationalen sozialistischen Arbeitsteilung» – ist als wichtigster Schritt in die Zukunft ein Übereinkommen über die Computer-Produktion zu erwähnen. Schliesslich deutete der Beschluss der Statistischen Kommission, ein «Statistisches Jahrbuch des Comecon» zu veröffentlichen, auf eine neue Bereitwilligkeit hin, das Wirtschaftsgeschehen im Comecon für den Aussenstehenden transparenter erscheinen zu lassen.

Das zweifellos bedeutsamste Merkmal der ganzen Auseinandersetzung im vergangenen Jahr war die Bereitschaft, voneinander abweichende Auffassungen einer breiteren Öffentlichkeit vorzulegen. In den fünfziger Jahren hatte die Presse so gut wie nichts über auftretende Meinungsverschiedenheiten berichtet. Auch von der tiefgreifenden Verstimmung zwischen Rumänien und den übrigen Partnern erfuhr man nur durch geheimnisvolle Andeutungen in Presseartikeln und Reden, und nie kam es zu einer offenen Darlegung der verschiedenen Standpunkte. Dies hat sich mittlerweile geändert, und neuerdings beteiligen sich nicht nur Regierungssprecher, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler an der Diskussion; ein wenige Tage vor der Berliner Januar-Gedenksitzung in Warschau durchgeführtes Wirtschaftskolloquium eröffnete die erste Phase dieses umfassenderen Gesprächs.

#### *Sowjetische Wünsche – polnische, ungarische und rumänische Ansichten*

Das im Verlauf dieses Meinungsaustauschs von den Sowjets immer wieder vorgebrachte Hauptanliegen war die Wünschbarkeit einer Ergänzung der politischen Integration durch eine wirtschaftliche Integration. Ihrem Vorgehen gereichte die Situation, wie sie seit der Invasion der Tschechoslowakei durch die sowjetische Armee und die Truppen von vier weiteren Signatarstaaten des Warschaupakts im August 1968 bestanden hatte, zum Vorteil. Zwar hatte die tschechoslowakische Regierung noch vor der Besetzung des Landes unmissverständlich ihre Absicht bekundet, auch weiterhin sowohl dem Comecon als auch dem Warschaupakt als Mitglied anzugehören, doch machte die Ablösung Alexander Dubceks durch Gustav Husak an der Spitze der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei unmittelbar vor der April-Gipfelkonferenz – dem ersten internationalen Treffen, dem Husak in

seiner neuen Eigenschaft beiwohnte – noch deutlicher, wie sehr sich die Tschechoslowakei nach der sowjetrussischen Politik ausrichten musste.

Den ersten Hinweis auf die Entschlossenheit der sowjetischen Regierung, die Zukunft des Comecon neu zu gestalten, lieferte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breschnew, am 12. November 1968, anlässlich des Fünften Kongresses der Vereinigten Arbeiterpartei Polens. «Eine umfassendere internationale sozialistische Arbeitsteilung, Zusammenarbeit und Spezialisierung wird es uns ermöglichen», so erklärte er, «die Vorzüge des Sozialismus viel intensiver zu nutzen, die Wirtschaft jedes unserer Länder noch schneller zu entwickeln und neue Erfolge im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus zu erzielen.» Er kündigte an, dass ein Gipfeltreffen von Regierungs- und Parteiführern einberufen werde. Bereits im März zuvor war an einer Gipfelkonferenz in Dresden, die sich mit politischen Problemen befasste, ein Beschluss in diesem Sinne gefasst worden, allerdings unter anderen internationalen Voraussetzungen.

In der Zeit vom Oktober 1968 bis zum Januar 1969 erschienen drei grundlegende Artikel aus polnischer, ungarischer und rumänischer Feder, welche – wie man wohl mit Sicherheit annehmen darf – genau den Ansichten der drei Regierungen entsprachen, die als Hauptsprecher auftreten sollten. Ein Artikel im Organ der Polnischen Staatlichen Planungskommission, *Gospodarka planowa* (Nr. 10, 1968), stammt aus der Feder des Wirtschaftsberaters im Außenministerium, Zbygniew Kamecki. Darin vertritt der Verfasser die Ansicht, dass «die Comecon-Staaten vor der stets wachsenden Notwendigkeit stehen, nicht nur die Zusammenarbeit zu verstärken, sondern die Wirtschaft der beteiligten Länder tatsächlich zu integrieren». Der Weg dazu führe nicht über eine bilaterale Verrechnung durch die einzelstaatlichen Außenhandelsmonopole, sondern über einen Handel zwischen den einzelnen verstaatlichten Firmen erfassendes multilaterales Zahlungssystem. Er sprach von «einer Art gemeinsamem Markt des Comecon», einer Idee, welche auch von Reszo Nyers, der für Wirtschaftsreformen zuständige Sekretär der Ungarischen Arbeiterpartei, am 23. Januar 1969 in der Parteizeitung *Nepszabadság* vertreten wurde. Nyers propagierte «ein modernes Zahlungssystem innerhalb des Comecon»; ein solches System würde die Errichtung einer Art von Freihandelszone ermöglichen, in welcher zwar die Zölle der inländischen Wirtschaft das jeweils gewünschte Ausmass an Schutz bieten würden, zugleich aber die Wettbewerbsintensität des Comecon-internen Gütertauschs verbessern könnten. Eine anderslautende Ansicht äusserte Gennady Sorokin, der damalige Direktor der Instituts für Sozialistische Wirtschaft an der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften. In einer der Fachzeitschriften der Akademie, *Voprosy ekonomiki*, Nr. 12, 1968, schrieb er, die Integration müsse auf einer intergouvernementalen Basis

herbeigeführt werden. Vorschläge dieser Art hatten aber bereits 1964 den Einspruch Rumäniens nach sich gezogen.

Der Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Ceausescu, hielt freilich mit der Stellungnahme seiner Regierung zurück bis zum 18. April, also bis unmittelbar vor Beginn der Moskauer Gipfelkonferenz. In einer Rede vor einer Studentenversammlung erklärte er damals, Rumänien könne nicht mit einer «geschlossenen Organisation» zusammenarbeiten. Damit trat er implizite – wie es sein Vorgänger schon 1964 getan hatte – für die Comecon-Mitgliedschaft der Volksrepublik China, Jugoslawiens und Kubas ein. Zur Zeit des tiefsten Standes der chinesisch-russischen Beziehungen – erst im Monat zuvor hatten sich die Scharmützel am Ussuri ereignet – konnte eine chinesische Mitgliedschaft freilich überhaupt nicht in Betracht kommen. Die chinesische Presse kommentierte das Berliner Treffen mit der bekannten Gehässigkeit, und das *Peking Review* behauptete in seiner Ausgabe vom 14. Februar, «die sowjetrussischen Revisionisten trieben die Umwandlung der Comecon-Länder in Kolonien voran und verunmöglichten dadurch die unabhängige Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Mitgliedstaaten».

Im Communiqué der Moskauer Gipfelkonferenz vom April kamen einzelne Aspekte sowohl der polnisch-ungarischen als auch der sowjetrussischen sowie der rumänischen Ansichten zum Ausdruck. Mit der Ankündigung, es werde eine Investment-Bank errichtet, ging es auf den Wunsch der den multilateralen Standpunkt vertretenden Staaten nach einer «aktiveren Benützung monetär-finanzialer Beziehungen und internationaler Kredite» ein; mit der Empfehlung, das Comecon sollte «seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Verbesserung und den Ausbau der Planungscoordination ... konzentrieren», gab es den sowjetischen Ansichten Raum; schliesslich wurde immer wieder betont, die Souveränität und die nationalen Interessen der Mitglieder würden respektiert. Rumänien, das schon immer das zuletzt erwähnte Anliegen verfochten hatte, unterzog sich offensichtlich dem Willen der Mehrheit, und am Zehnten Kongress seiner Partei vom 6. bis 12. August erklärte Ceausescu, dass «die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb des Comecon nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einsetzung supranationaler Behörden stehe».

#### *«Wirtschaftliche Integration» als Fortsetzung der «politischen Integration»*

Zu Beginn des dritten Jahrzehnts seines Bestehens war man sich im Comecon der Tatsache bewusst geworden, dass sich gewisse Veränderungen nicht mehr aufschieben liessen, wenn seine Existenz auch weiterhin noch irgendwelchen Sinn haben sollte. Allerdings bestand kein Zweifel darüber, dass die Organisation auch in der Zukunft eine wichtige Rolle im Rahmen der so-

wjetischen Aussenpolitik spielen wird. In der Tat hielt Sorokin in seinem bereits erwähnten Artikel mit aller Deutlichkeit fest, dass die sowjetrussischen Vorschläge zur «wirtschaftlichen Integration» nichts anderes als die logische Folge der Vorschläge zur «politischen Integration» seien.

In dieser Beziehung vollzog sich in der Politik der Sowjetunion im Jahr 1969 ein Wechsel. Denn seit der russisch-rumänischen Kontroverse in der Zeit von 1962 bis 1964 war die Sowjetunion – mindestens in den für die Öffentlichkeit bestimmten Verlautbarungen – stets bemüht gewesen, die grossen Kosten hervorzuheben, die dem Land aus seiner Mitgliedschaft im Comecon erwuchsen. Oleg Bogomolow, der Spezialist für Angelegenheiten des Comecon und seit Frühling 1969 Nachfolger Sorokins als Direktor des Instituts für Sozialistische Wirtschaft, hatte schon seit langer Zeit bereit und unermüdlich die Auffassung vertreten, dass die Produktion der für die Mitglieder des Comecon bestimmten Rohmaterialien ungewöhnlich hohe Investitionskosten verursache und damit die Austauschrelationen seines Landes ungünstig beeinflusse<sup>1</sup>. Seinen ersten diesbezüglichen Artikel veröffentlichte er in *Voprosy ekonomiki*, Nr. 11, 1963, zur gleichen Zeit also – und gewiss nicht zufällig – als dasselbe Argument in der Ausgabe vom 16. November 1963 des Wirtschaftsorgans der Kommunistischen Partei, *Ekonomicheskaya gazeta*, erschien. Etwas später legte Bogomolow seine Ansichten nochmals detailliert dar, und zwar in der Zeitschrift von Sorokins Institut, *Mirovaya ekonomika i mezhunarodniye otnosheniya* (Nr. 5, 1966). Der gleiche Fachmann erhob etwas später im Jahr 1966 im theoretischen und ideologischen Parteiblatt *Kommunist* (Nr. 18) die Forderung, die Mitglieder des Comecon sollten die von der Sowjetunion empfangene technische Hilfe bezahlen. Die ersten Schritte in Richtung einer Umwandlung der 1949 vereinbarten freien Basis als Grundlage für den Austausch technischer Informationen innerhalb des Comecon zu einem neuen Verfahren von jeweils ausgehandelten Zahlungen unternahmen Anfangs 1967 bilaterale Regierungskommissionen<sup>2</sup>. Schliesslich enthielt sich die Sowjetunion in der entscheidenden Frage, ob der «transferierbare Rubel» der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit konvertierbar zu machen oder ob ihm wenigstens einige Merkmale einer konvertierbaren Währung zu verleihen sei, einer eindeutigen Stellungnahme, obwohl sich der Sitz dieser internationalen Bank in Moskau befindet und die Mitgliedschaft identisch ist mit der Mitgliedschaft beim Comecon.

An der Sitzung der Finanzkommission des Comecon in Kiew im Mai 1965 und an der Exekutivkonferenz des Comecon in Leningrad im Juni 1965 unterbreitete die polnische Regierung ihren ursprünglichen Vorschlag betreffend die Umwandlung eines Teils der Schulden an transferierbaren Rubeln in konvertierbare Währungen. Dazu bemerkte die polnische Zeitung *Zycie Warszawy* am 8. Juli 1965: «Wie sich aus zahlreichen Erklärungen

und Veröffentlichungen schliessen lässt, trafen die polnischen Vorschläge bei einigen andern Volksdemokratien auf Zustimmung. Die Haltung der Sowjetunion in dieser Angelegenheit ist bis jetzt noch nicht bekannt.»

Der Entscheid der Sowjetunion, im Comecon intensiver mitzuarbeiten, geht zwar in erster Linie auf Überlegungen in bezug auf die eigenen aussenpolitischen Absichten zurück. Er wird aber auch von beträchtlichem Einfluss auf die Aussenhandelsbeziehungen des Landes sein. Zweifellos scheint sich die Sowjetunion heute bereit zu finden, ihren Partnern eine ernstgemeinte Zusammenarbeit anzubieten, wodurch das Comecon auch den andern Mitgliedern einen echten Vorteil bringen würde. Freilich bleibt die Frage noch offen, was jene andern Mitglieder wirklich wollen. Sollten sie sich in ihrer Mehrheit hinter die polnisch-ungarischen Vorschläge stellen, so wäre für die Gestaltung der Wirtschaft in den einzelnen Staaten der Weg der «gelenkten Marktwirtschaft» vorgezeichnet; sollte man aber die vor 1964 erörterten Konzeptionen weiter verfolgen, so würde dies dem staatlichen Wirtschaftsdirigismus, den Ungarn und die Tschechoslowakei 1968 abbauten, neuen Auftrieb verleihen. Der wirtschaftliche Dezentralisierungsprozess im Innern der einzelnen Staaten lässt sich nicht vom Dezentralisierungsprozess im Gesamtbereich des Comecon trennen.

<sup>1</sup> Professor Peter Wiles analysiert Bogomolows Argumente im Detail in seiner Arbeit «Communist International Economics», Oxford 1969, S. 242–248; an anderer Stelle bezeichnete er ihn als den «Austauschrelationen-Bogomolow», da sich dieser in den Jahren 1963 bis 1968 so häufig

mit dem Thema beschäftigt hatte. – <sup>2</sup> Zur Geschichte des Austausches von technischem Wissen unter den Comecon-Mitgliedern vgl. Michael Kaser, «Comecon: Integration Problems of the Planned Economies», London, 1967, S. 156–158.

## Die Bildungsprinzipien in der Sowjetunion

CHRISTIAN GRAF VON KROCKOW

### *Kindergärten als Grundlage*

Das Bildungswesen der Sowjetunion nötigt dem westlichen Besucher zunächst einmal Respekt, ja Bewunderung ab: Ein Land, dessen Bevölkerung noch vor wenigen Jahrzehnten in der Mehrheit aus Analphabeten bestand, besitzt heute eines der leistungsfähigsten Ausbildungssysteme der Welt.

Es beginnt auf seiner untersten Stufe mit Kinderkrippen und Kindergärten, die für die grosse Mehrheit der Kinder – etwa 80 Prozent – zur Verfügung